

Ressort: Politik

Kraft dringt auf NPD-Verbotsverfahren

Berlin, 13.12.2012, 10:48 Uhr

GDN - Vor der Sitzung des Bundesrats dringt die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) auf ein neues NPD-Verbotsverfahren. "Die Innenminister haben eine Datensammlung vorgelegt, mit der sich die Verfassungsfeindlichkeit der NPD belegen lässt. Wir haben auch die Zusicherung der Verfassungsschutzbehörden der Länder, dass es kein V-Leute-Problem mehr gibt", sagte Kraft der Tageszeitung "Die Welt" (Freitagausgabe).

"Vor diesem Hintergrund bin ich dafür, einen neuen Verbotsantrag einzureichen." Es sei "schwer erträglich, dass wir die rechtsextremistische NPD mit Steuermitteln finanzieren". Ob sich die Bundesregierung und der Bundestag an einem neuen Anlauf in Karlsruhe beteiligten, "müssen beide in eigener Verantwortung entscheiden". Der Bundesrat will am Freitag über einen NPD-Verbotsantrag entscheiden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-4086/kraft-dringt-auf-mpd-verbotsverfahren.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com